Deutschland braucht eine andere Politik



Maternistraße 17, Postfach, 8012 Dresden
Tel.: 48 45 508; Fax: 4 95 24 20

Erklärung des NEUEN FORUM
Bundesforum Güntersberge am 14.6.1992

1.
Wieder steht ein 30. Juni als entscheidendes Datum vor uns, an dem sich das Leben vieler Menschen einschneidend verändern wird. Betriebe werden stillgelegt, tausende Arbeiterinnen und Arbeiter verlieren ihre Beschäftigung. Aber auch im öffentlichen Dienst drohen Massenentlassungen. Für uns alle fallen soziale Leistungen weg. Kindereinrichtungen werden geschlossen. Erziehende - dabei vor allem Frauen - wissen nicht, wie sie ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten sollen. Verschließen wir unsere Augen auch nicht davor, daß sich Tausende gezwungen sehen, die ostdeutschen Länder zu verlassen. Und es werden neue Schuldige gesucht: Ausländerinnen und Ausländer, Asylbewerbende.

2.
Die Bundespolitik hat die neuen Bundesländer in den Ruin getrieben und treibt ganz Deutschland in eine soziale Krise. Die Treuhand wirtschaftet auch sanierungfähige Betriebe systematisch kaputt. Die Hälfte der Arbeitsplätze ist jetzt schon zerstört. Die Industrie im Osten Deutschlands bricht zusammen.
Dagegen sind die Gewinne der Unternehmen gigantisch, von denen allein 670 Mrd.DM als verfügbares Geld bereitstehen. Investiert wurde nur ein Bruchteil des Geldes in den fünf neuen Ländern.
Die Einnahmen der Kommunen schwinden mit dem Zusammenbruch der Produktion und der Arbeitslosigkeit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Sie sind gezwungen, auf Pump zu haushalten. Die Sozialstaatlichkeit ist von Grund her bedroht. Menschen werden für lange Zeit von Almosen des Staates abhängig. Immer wieder erleben wir, daß die Bundesregierung denen, die schon haben, noch etwas hinzugibt, währenddessen der großen Mehrheit der Bevölkerung das Geld aus der Tasche gezogen wird. Das letzte Beispiel dafür ist die Gesundheitsreform.
Die Bevölkerung ist um ihre Hoffnungen aus dem Herbst 89 betrogen worden.
Die Bevölkerung wollte die politische und soziale Einheit. Stattdessen baut die Regierungspolitik neue soziale Mauern auf.

3.
Deshalb erklärt das NEUE FORUM die Politik der Regierung für gescheitert.

4.
Die Mitglieder des NEUEN FORUM wissen, daß alle von dieser Zerstörungspolitik der Regierung betroffen sind. Das gilt für die Menschen im Osten wie im Westen. Wir sind selbst Betroffene. Aus diesem Grund stellen wir uns auf die Seite der Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze und ihre Löhne verteidigen, und auf der Seite aller, die ihre Arbeitsplätze bereits verloren haben. Wir stehen auf der Seite der Bevölkerung, die vor Ort um den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen, gegen die Wohnungsnot und gegen den Abbau von Sozialleistungen kämpft. Angesichts des 30.Juni 1992, an dem Tausende entlassen werden, erklären wir, das gemeinsame Handeln aller Betroffenen für den Stop der Politik der Regierung zu unterstützen. Wir werden dabei sein, wenn Belegschaften ihre Betriebe besetzen, wenn Menschen aus sozialer Not nur noch die Möglichkeit des offenen Protestes sehen.

Das Ziel des NEUEN FORUM ist die Verwirklichung der politischen und sozialen Einheit Deutschlands.